

Kubanische Ärzte in Brasilien

Die brasilianische Regierung hat auf soziale Unruhen im Juni prompt reagiert und die öffentlichen Mittel für soziale Grundrechte wie die Gesundheit aufgestockt (NZZ 11. 2. 14). Vor allem Allgemeinärzte werden gesucht, um in 700 armen Gemeinden insgesamt 28 Millionen Menschen das Recht auf Gesundheitsversorgung zu gewähren, dort, wo brasilianische Ärzte nicht praktizieren wollen. Nur Kuba ist in der Lage, ein solches Programm umzusetzen: In den öffentlichen und kostenlosen Universitäten des Landes haben 2012 und 2013 jeweils rund 10 000 Ärzte ihre Studien abgeschlossen, unter ihnen mehrere tausend aus über 100 Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens.

Bei der bescheidenen Bezahlung der kubanischen Ärzte ist zu berücksichtigen, dass ihre Ausbildung kostenlos ist und nach drei Jahren Auslandsmission die monatlichen 600 Dollar Rücklage ausreichen, um sich in Kuba eine Eigentumswohnung zu erstehen.

Von den 5400 kubanischen Ärzten in Brasilien haben laut Angaben des brasilianischen Gesundheitsministers bisher fünf ihren Arbeitsplatz ohne Abmeldung verlassen. Somit hat weniger als ein Promille des entsandten Personals das exklusiv an Kubaner und Kubanerinnen gerichtete Angebot der USA angenommen: Sie haben sofort Anrecht auf eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung.

Es stünde einer seriösen und fairen Auslandberichterstattung der NZZ gut an, wenn nach diesem ideologisch gefärbten, einseitigen Bericht auch Menschen aus Haiti, Osttimor, Mali, Brasilien und anderen Ländern die Chance bekämen,

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

ihre Erfahrungen mit kubanischem Gesundheitspersonal auszudrücken. Auch einige der Zehntausende von Kubanern und Kubanerinnen wären zu befragen, die nach ihrer Auslandsmission wieder nach Kuba zurückkehrten.

Beat Schmid, Havanna

Danke für die vier Briefmarken

Was für eine gute Nachricht: Dank dem Preisüberwacher soll jeder Schweizer im Jahre 2014 vier Briefmarken geschenkt bekommen (NZZ 22. 1. 14). Grossartig, merci. Was kümmert uns da noch, dass der Bund von uns doppelt so viele Steuern einnimmt wie vor zehn Jahren? Was kümmert uns da noch, dass auch Gemeinden und Kantone Abgaben und Steuern erhöhen? – Für wie blöd halten uns eigentlich die Eliten von Politik und Wirtschaft?

Patrick Greber, Saas-Balen

Gläserner Mensch als Wunschobjekt

Martin Meyer ortet eine zunehmende Moralisierung des Daseins (NZZ 11. 2. 14). Da werden ihm sicher viele beipflichten, die sich zugleich ohnmächtig fühlen, dagegen etwas Wirksames zu tun. Es ist offensichtlich der Zeitgeist, der auch, wie Meyer ausführt, Autonomie und Privacy zurückdrängt, lautlos und stückchenweise. Wenn gnadenlose Transparenz gewollt ist, dann ist der gläserne Mensch als Bürger ein logisches Wunschobjekt. Die Folgen: Es gibt immer mehr Verrechtlichung, Vorschriften, Richtlinien, Gesetze usw. Es gibt einzelne warnende Stimmen, unter ihnen beispielsweise auch die frühere deutsche Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, die im digitalen Zeitalter die Gefahren der Totalüberwachung, also des gläsernen Menschen sehen und auch ansprechen. Aber es sind viel zu wenige, um die notwendige Aufmerksamkeit zu finden.

Viele meinen beruhigend, das sei weiter nicht schlimm, doch in Wirklichkeit könnte mit der Fortschreibung bzw. weiterem Zulassen der Entwicklung des totalen Ausspionierens mit und durch

Vernetzung und Verwertung das Ende jeder Privatheit eingeläutet werden, und viel mehr als dies, es wäre eine Bedrohung von Freiheit und Demokratie.

Zum Schutz der Bürger braucht es klare verbindliche Regelungen bzw. klare, eindeutige Persönlichkeitsrechte, damit sie sich, ihre Privatsphäre und ihren Freiheitsraum behaupten können. In der digitalen Kommunikation kann alles gefunden, gespeichert, verknüpft und verwertet werden. Die Vernetzung geht voran, nicht aber die Sicherheit. Bürger müssten sich viel mehr einmischen, wenn sie ihre ureigensten Interessen gewahrt haben möchten. Einfacher ist es, nichts zu tun, wegzuschauen und vielleicht hinterher sich zu wundern und die negative Entwicklung nur zu beklagen.

Karl Brunner, A-Klagenfurt

Abfallhaufen sind keine «Biotöpfchen»

Der Artikel «Schnitzeljagd» (NZZ 17. 2. 14) entspricht eher einer Apologie der gegenwärtigen Waldwirtschaft als einer Schilderung der Wirklichkeit. «Idyllische Spaziergänge» sind in den Wäldern um Zürich schwer zu finden. Auf Schritt und Tritt trifft man auf Waldabschnitte, die an Schlacht- und Trümmerfelder gemahnen. Überall liegen dicke, moosbewachsene Baumstämme herum, oder sie vermodern auf Stapeln, die seit Jahren nicht abgeholt wurden. Das abgetrennte Geäst bildet kein «Biotöpfchen», sondern wirre, ausgedehnte Abfallhaufen. Es ist schwer verständlich, weshalb man überhaupt Bäume fällt, die dann einfach am selben Ort liegen bleiben und der langsamen Verrottung überlassen werden.

Giovanni Bass, Zumikon

Olympische Spiele in Sotschi

Ich möchte der Redaktion der NZZ ein Lob aussprechen für ihre hochprofessionelle Berichterstattung über die Olympischen Spiele in Sotschi. Dort ist der Sport nach anfänglicher Kritik nun definitiv in den Vordergrund getreten – und so soll es auch sein. Von einem Olympiateilneh-

mer zu erwarten der politischen S fernhält oder nämlich einer tung. Schliesslich einer von uns a obwohl es viele

Die bisher teuersten Spiele sind Konsumenten u haben die Spiel emotionale Mo hörte zum Stan Interviewer, die fragen, wie sie e so gut mit de Vielfach haben antwortet, dass